



Konrad
Adenauer
Stiftung

Almanya Programm



September 2010

Pressemonitoring türkischer Printmedien

DEUTSCHE INTEGRATIONSPOLITIK IM SPIEGEL TÜRKISCHER TAGESZEITUNGEN

1. Diskussionen über Sarrazin

Anhaltende Debatte

2. Integrationspolitik in Deutschland

Sanktionen · Integrationsprogramm · Nationaler Integrationsgipfel

3. Ausländerrechte in Deutschland

Einbürgerung · Aufenthaltsrecht · Visapflicht · Islamischer Religionsunterricht

4. Islam in Deutschland und in Europa

Medienpreis M100 · Islamische Lehrstühle · Videospiele in Österreich

5. Deutsch-türkische Lebenswelten

Diskriminierungshotline · Halal-Konferenz · Bayrische Bevölkerung

Impressum

Redaktion: Danja Bergmann

Verfasser: imap Institut für interkulturelle Management und Politikberatung, Düsseldorf. Der Almanya-Presspiegel erscheint mit zehn Ausgaben pro Jahr und kann unter <http://www.kas.de/wf/de/21.70/ac.doc/> abgerufen werden. Die Inhalte geben nicht die Meinung des Herausgebers wieder, sondern bilden Positionen von in Deutschland erscheinenden türkischen Tageszeitungen ab.

1. Diskussionen über Sarrazin

Die türkischen Tageszeitungen haben sich im September weiterhin ausführlich mit den kontroversen Äußerungen des SPD-Politikers Thilo Sarrazin auseinandergesetzt.

Unter dem Titel „Der größte Feind der Integration: Sarrazin!“ berichtet die liberal-islamische **ZAMAN** am 01.09. über die umstrittenen Thesen Thilo Sarrazins. Diese seien ein „Schlag ins Gesicht aller, die sich seit Jahren im Integrationsprozess bemühen“. Sarrazin wird als „Demagoge“ bezeichnet, der seine rassistischen Gedanken unter dem Deckmantel der Pressefreiheit publizieren könne. „Diese Worte sind absolut inakzeptabel!“ titelt die konservative **HÜRRIYET** am 03.09. und zitiert damit die Aussage von Bundeskanzlerin Angela Merkel zu Thilo Sarrazins Äußerungen über Migrantinnen und Migranten in Deutschland. Es sei „unmöglich, diese Anschuldigungen hinzunehmen, weil Integration eines der wichtigsten Themen unseres Zeitalters“ sei, so Merkel. Außerdem sei Integration nicht als gezwungene Assimilation und Entwurzelung von Migrantinnen und Migranten zu verstehen.

Am 04.09. berichtet die **ZAMAN** über den Einfluss, den die Sarrazin-Debatte auf rechtsextremistische Gruppierungen in Deutschland hat. Die Zeitung kritisiert, dass Sarrazins Äußerungen rechtsextremen Parteien wie der NPD zu Gute kämen und diese sich dadurch in der Gesellschaft besser Gehör verschaffen könnten. „Deutschland diskutiert wieder über ein wichtiges Thema, aber mit den falschen Argumenten“ schreibt die **HÜRRIYET** (06.09.) über die Ansichten des Berliner Bürgermeisters Klaus Wowereit (SPD) zur aktuellen Diskussion. Zunächst lobt Wowereit Sarrazins Tätigkeiten als ehemaliger Finanzsenator in Berlin. Doch mittlerweile habe er ein Weltbild angenommen, das als menschenverachtend bezeichnet werden könne. Auch der Meinung zahlreicher türkischstämmiger Personen in Deutschland räumt das Massenblatt Platz ein: Nach Ansicht des türkischstämmigen Schriftstellers Feridun Zaimoğlu sei Sarrazin ein Rassist, „mit dem man nicht einmal reden sollte“. Kenan Kolat, Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland (TGD) habe gesagt, dass das Problem nicht Sarrazin selbst sei, sondern eher die vielen Sarrazins. Er spricht vom zunehmenden Rassismus in Deutschland.

Am selben Tag kritisiert die konservative **SABAH**, dass deutsche Leitmedien wie der Spiegel Sarrazin zu einem Helden stilisierten, da er auf dem Titelbild des Wochenmagazins als „Volksheld“ bezeichnet werde. Am 08.09. veröffentlicht die **HÜRRIYET** eine Stellungnahme von Prof. Dr. Haci Halil Uslucan zur Sarrazin-Debatte. Der Direktor des Zentrums für Türkeistudien und Integrationsforschung in Essen kritisiert, dass Sarrazin mit den falschen Auslegungen statistischer Daten und Fakten argumentiere und mit den Ängsten der deutschen Bevölkerung spiele.

„Furchterregende Unterstützung“ titelt das Massenblatt **HÜRRIYET** am 09.09. über den gesellschaftlichen Zuspruch, den Sarrazins kontroverse Aussagen fänden. Die Zeitung gibt kurz die Ergebnisse einer Umfrage des Wochenmagazins Stern wieder: Diese habe u.a. ergeben, dass 50% der insgesamt befragten 1.000 Personen für den Verbleib Sarrazins bei der Bundesbank und 34% dagegen seien. 47% teilten außerdem Sarrazins Ansicht, dass Migrantinnen und Migranten keinen gesellschaftlichen Beitrag leisteten. Weiterhin sprachen sich 61% der Befragten dafür aus, dass Sarrazin bei der SPD bleiben solle.

Unter dem Titel „Laut Umfragen unterstützen Deutsche den rassistischen Sarrazin“ berichtet auch die **ZAMAN** (09.09.) über die Stern-Umfrage. Über eine überraschende Wortmeldung zur Diskussion um die Aussagen Sarrazins berichtet die **ZAMAN** am 15.09. Der türkischstämmige hessische Landtagsabgeordnete Ismail Tipi (CDU) gebe Sarrazin „im Grunde Recht, auch wenn er sich zu einem schlechten Zeitpunkt zu Wort gemeldet und sich beleidigender Worte bedient“ habe. Migrantinnen und Migranten sollten sich nach Ansicht des konservativen Politikers ohne jeglichen Widerspruch integrieren. „Ich denke auf Deutsch, träume auf Deutsch und lache auf Deutsch. So muss es auch sein!“, so Tipi.

2. Integrationspolitik in Deutschland

Das neue Integrationsprogramm der Bundesregierung, der anstehende Nationale Integrationsgipfel sowie die Einführung von Integrationsverträgen wurden in der türkischen Tagespresse im September thematisiert. In diesem Zusammenhang ging es auch um Eingeständnisse von Fehlern in der Integrationsarbeit sowie um Sanktionsforderungen für Integrationsunwillige.

Merkel: Fehler in der Integrationsarbeit

Am 16.09. titelt die **SABAH**: „Bitteres Eingeständnis von Merkel“ und bezieht sich damit auf die Aussagen der Bundeskanzlerin zur Integrationspolitik im Rahmen der Haushaltsdebatte 2010 im Bundestag. Merkel habe zahlreiche Fehler in der Integrationspolitik eingeräumt und kritisiert, dass „in der Politik viel zu lange von Gastarbeitern die Rede gewesen“ sei. Das Blatt zitiert die CDU-Politikerin außerdem mit den Worten: „Wir müssen einsehen, dass die zweite, dritte und vierte Generation bereits hier lebt“.

Forderung: Sanktionen für Integrationsunwillige

Am 07.09. berichtet die national-islamische **TÜRKIYE** kritisch über den Vorschlag der christdemokratischen Politiker Hermann Gröhe und Michel Fuchs, „integrationsunwilliges Verhalten“ von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gezielt zu sanktionieren. Fraktionsvize Fuchs habe nahegelegt, Zuwandererfamilien, die ihre Kinder nicht zur Schule schicken, mit Hartz-IV Kürzungen abzustrafen. Die Sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Aydan Özoğuz habe der Regierungspartei planloses Handeln und fehlende Erkenntnis bezüglich der tatsächlichen Bedürfnisse beim Thema Integration vorgeworfen. „Sie wird härter gegen Integrationsunwillige vorgehen“ titelt auch die **HÜRRIYET** (27.09.) über die Haltung von Bundeskanzlerin Merkel zu den gestellten Forderungen. Auf dem Parteitag der CDU in Rheinland-Pfalz habe die Bundeskanzlerin geäußert, dass Deutschland ein freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat sei und dass das staatliche Gewaltmonopol überall durchgesetzt werden müsse. „Wer gefördert werden will, muss auch gefordert werden“, so die Zeitung über die Ausführungen der christdemokratischen Politikerin.

Integrationsprogramm der Bundesregierung

Am 10.09. schreibt die **ZAMAN** über die Ausführungen des integrationspolitischen Sprechers der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Memet Kılıç zum Bundesweiten Integrationsprogramm, das die Bundesregierung im September 2010 veröffentlicht hat. Kılıç bemängelt, dass es dem 200-seitigen Integrationsprogramm an tatsächlichen Maßnahmen zur Förderung der Integration fehle. Die von Bundesinnenminister Thomas de Maizière als „integrationsunwillig“ charakterisierten Anteil von 10-15% der Migrantinnen und Migranten in Deutschland bezeichnet Kılıç als „Hirngespinnst“. In dem Bericht attestiert der türkischstämmige Politiker der Bundesregierung außerdem eine „Ideenarmut“ beim Thema Integration. Am selben Tag nimmt die linke Bundestagsabgeordnete Sevim Dağdelen in der **HÜRRIYET** ebenfalls Stellung zum Integrationsprogramm. Laut Dağdelen bedürfe es in der Integration nicht noch mehr symbolträchtiger Worte, sondern konkreter Taten. Die Regierung müsse endlich ihre passive Haltung in der Integrationsthematik ablegen, so die Politikerin weiter.

Einführung von Integrationsverträgen

Am 06.09. berichtet die **HÜRRIYET**, dass Staatsministerin Maria Böhmer die Einführung der vorgeschlagenen Integrationsverträge noch in diesem Jahr veranlassen werde. Der Vertrag enthalte für beide Seiten – den Staat und die zugewanderte Person - verbindliche Festlegungen. Die Einhaltung dieser vertraglich festgehaltenen Bedingungen solle beiden Vertragspartnern Rechte und Pflichten auferlegen und so den Integrationsprozess forcieren, so das Blatt.

Dritter Nationaler Integrationsgipfel

„Am 03. November findet der dritte Integrationsgipfel statt“ schreibt die **ZAMAN** am 15.09. auf der Titelseite. Der unter der Federführung von Staatsministerin Maria Böhmer (CDU) veranstaltete Gipfel diene dazu, die Integration in Deutschland zu forcieren, so das Blatt. Böhmer habe gesagt, dass die Frage der Anerkennung ausländischer Diplome bis spätestens Ende 2011 gelöst werden solle. Von einer Anerkennung könnten mehrere Tausend qualifizierte, in Deutschland lebende Migrantinnen und Migranten profitieren und endlich eine ihrer Qualifikation entsprechende Tätigkeit aufnehmen, schreibt die Zeitung.

3. Ausländerrechte in Deutschland

Im September setzten sich die türkischen Tageszeitungen mit dem Vorschlag einer beschleunigten Einbürgerung, Neuerungen im Aufenthaltsrecht und dem andauernden Visaproblem auseinander. Auch war die Einführung vom islamischen Religionsunterricht wieder ein Thema.

Vorschlag: Beschleunigte Einbürgerung für integrierte Migranten

Am 15.09. berichtet die **HÜRRIYET** über die Forderung der FDP, integrationswilligen Menschen mit Migrationshintergrund die sogenannte „Turbo-Einbürgerung“ zu ermöglichen. Das Attribut „integrationswillig“ verdienen in diesem Zusammenhang diejenigen Personen mit Migrationshintergrund, „die sich gut im Land integrieren, gut Deutsch sprechen und eine Arbeit haben“, so der Vorschlag des liberalen Bundestagsabgeordneten Hartfrid Wolff. Dieser Vorschlag habe auch bei der Bundestagsfraktion der Grünen Zustimmung gefunden, informiert das Blatt. Am selben Tag greift auch die **ZAMAN** unter dem Titel „FDP will Einbürgerungszeit auf vier Jahre verkürzen“ den Vorschlag der liberalen Partei in ihrer Berichterstattung auf. „Turbo-Absage an Turbo-Pass“ titelt die **HÜRRIYET** bereits am 16.09. über den Einwand einiger Unionspolitiker zur vorgeschlagenen beschleunigten Einbürgerung. Dieser Einspruch wird damit begründet, dass die Einbürgerung ein zentraler Bestandteil erfolgreicher Integration sei. Diese lasse sich wiederum nicht im Schnellverfahren bewerkstelligen. Außerdem bestehe bereits jetzt bei Erbringung besonderer Integrationsleistungen die Möglichkeit, die vorausgesetzte Mindestaufenthaltsdauer zu verkürzen, so das Blatt weiter über die Meinung der christdemokratischen Politiker.

Staatsbürgerschaft: Vielseitiges Zugehörigkeitsgefühl

Am 20.09. berichtet die **HÜRRIYET** über die Ausführungen von Prof. Nermin Abadan Unat zum Thema Staatsbürgerschaft. Nach Ansicht der Soziologin und Politologin Unat gäbe es im Zeitalter der Globalisierung kaum mehr Menschen, die sich nur noch mit einem bestimmten Land verbunden fühlten. Daher sei es auch notwendig, Menschen mit Migrationshintergrund die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft einzuräumen. „In unserer globalisierten Welt ist es falsch, Menschen wegen ihres religiösen oder kulturellen Hintergrundes als ‚Fremde‘ zu charakterisieren“, so Unat. Es sei wichtig, das Zugehörigkeitsgefühl

von Menschen zu einer bestimmten Kultur nicht als Gefahr, sondern als grenzübergreifende Identität zu interpretieren, so die Zeitung über die Meinung von Unat.

Aufenthaltsrecht: Durchbruch in Bremen

„Frohe Botschaft für Kinder mit ‚Duldung‘“ verkündet die **HÜRRIYET** am 17.09. im Europateil. Die Zeitung informiert über einen wichtigen Durchbruch, den u.a. der türkischstämmige Mustafa Kemal Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen) in der Bremischen Bürgerschaft durchgesetzt habe. Bislang hatten Kinder, deren Eltern als Asylanten oder aber mit gefälschten Dokumenten nach Deutschland eingereist waren, den ‚Duldungs-Status‘, der oftmals nur monatsweise vergeben wird und immer wieder verlängert werden muss. Nun werde diesen Kindern der Erwerb einer regulären Aufenthaltserlaubnis ermöglicht. Hierzu werde das Land in den kommenden sechs Monaten alle Unter-18-Jährigen schriftlich kontaktieren und diesen nahelegen, besagte Aufenthaltserlaubnis im Ausländeramt zu erwerben. „Wir hoffen, dass wir mit diesem wichtigen Schritt ein Exempel für andere Bundesländer statuieren“, so der türkischstämmige Politiker Öztürk.

Weiterhin Visapflicht für Türkischstämmige

„Schengen-Skandal in München“ titelt die **HÜRRIYET** am 17.09. Das Blatt berichtet über eine Gruppe von Angestellten der Stadtverwaltung Istanbul, die bei der Einreise von Italien nach Deutschland am Flughafen in München festgehalten wurde. Trotz des Schengen-Visums seien die Türkischstämmigen auf ihrem Weg zur Messe für Umwelttechnik für sechs Stunden in Untersuchungshaft genommen und wie Verdächtige behandelt worden. Durch den Einsatz eines türkischstämmigen Anwalts sei der Fall letztlich gelöst worden, so das Blatt weiter.

Islamischer Religionsunterricht in Niedersachsen ab 2012

Die **TÜRKIYE** (17.09.) berichtet über das Vorhaben des Landes Niedersachsen, ab 2012 islamischen Religionsunterricht als reguläres Schulfach an Grundschulen einzuführen. Voraussetzung hierfür sei, dass an der jeweiligen Schule genug Nachfrage seitens der Schülerinnen und Schüler muslimischen Hintergrunds bestehe. Nach Angaben des niedersächsischen Kultusministers Bernd Althusmann (CDU) werde das Modellvorhaben zunächst an 42 niedersächsischen Grundschu-

len getestet. Darüber hinaus sei eine Einführung an weiterführenden Schulen geplant, sobald ausreichend Lehrkräfte vorhanden seien, informiert das Blatt.

4. Islam in Deutschland und in Europa

Im September behandelten die türkischsprachigen Zeitungen die Verleihung des M100-Medienpreis an Kurt Westergaard und ein anti-islamisches Videospiel in Österreich. Auch war die Einführung islamischer Lehrstühle wieder ein Thema.

Verleihung des M100 Medienpreises

Unter dem Titel „Merkel verleiht Preis an Hetz-Karikaturist“ greift die **ZAMAN** (10.09.) die Verleihung des Medienpreises M100 an Kurt Westergaard auf. Der dänische Karikaturist hatte im Jahr 2005 wegen Karikatur-Darstellungen des Propheten Mohamed für großen Aufruhr und Proteste in der muslimischen Welt gesorgt. Die Zeitung schreibt, dass Bundeskanzlerin Merkel die Vergabe des Preises an Westergaard vor allem als Zeichen der Pressefreiheit in Deutschland verteidigt habe. Der Artikel behandelt außerdem die Reaktion von Merkel auf die durch einen amerikanischen Pastor angekündigte Koran-Verbrennung. Merkel deute diese als große Respektlosigkeit sowie als Fehlverhalten gegenüber den Muslimen. Eine Koranverbrennung sei eine genauso unverzeihliche Tat und ein Angriff auf die Religionsfreiheit, wie es auch die Verbrennung der Bibel wäre, so das Blatt weiter über die Aussagen der CDU-Politikerin. Die Zeitung kritisiert die generell distanzierte Berichterstattung deutscher Medien und Fernsehsender wie ARD oder ZDF über das Vorhaben der Koran-Verbrennung. Bezeichnungen wie „extrem“, „radikal“ oder „fanatisch“ seien in diesem Zusammenhang verwendet worden.

Lehrstuhl für Islamische Theologie

Am 13.09. berichtet die **HÜRRIYET** über die anstehende Gründung von zwei bis drei Lehrstühlen für Islamische Theologie an deutschen Universitäten. Das Blatt schreibt über den Ausbruch eines regelrechten bundesweiten Wettkampfs zwischen den Universitäten darüber, an welcher Universität besagte Lehrstühle eingerichtet werden sollen. Insgesamt hätten 9 Universitäten aus sechs Bundeslän-

dem Interesse bekundet, so das Blatt weiter. Am selben Tag informiert die **ZAMAN**, dass die Universität Tübingen ab 2010/11 den Studiengang „Islamwissenschaften“ einführen und künftig Imame ausbilden werde. Die Einrichtung weiterer islamischer Lehrstühle sei nach wie vor im Gespräch, so das Blatt.

Umstrittenes Videospiel in Österreich

Am 02.09. berichtet die **ZAMAN** über ein Videospiel, das die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) für die im Bundesland Steiermark anstehende Landtagswahl am 26.09. als Wahlwerbung verwende. Bei dem Online-Spiel müsse der Spieler die Muezzine der aufsteigenden Moschee-Minarettenspitze anvisieren und erschießen, um Punkte zu erzielen, berichtet das Blatt. Das Spiel sei vor allem bei Politikern der Grünen Partei des Landes auf große Kritik gestoßen, meldet das Blatt. Anas Schakfeh, Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft Österreich, habe seine Empörung über die Entstehung solcher Spiele geäußert und gleichzeitig die negative Haltung der österreichischen Gesellschaft gegenüber dem Islam als nicht mehr zumutbar bezeichnet, berichtet die Zeitung weiter.

5. Deutsch-türkische Lebenswelten

Die türkische Tagespresse behandelte im September die Einrichtung einer Anti-Diskriminierungshotline und die Halal-Konferenz sowie verschiedene Studien zu Migration und Integration.

Hotline für Diskriminierungsopfer

Am 18.09. verkündet die **ZAMAN** auf ihrer Titelseite die Einrichtung einer Hotline für Diskriminierungsopfer. Menschen, die beispielsweise in Alltagssituationen, aber auch auf dem Wohnungs- oder Arbeitsmarkt etc. diskriminiert werden, können ab sofort unter der Nummer 030-18551865 über ihre Probleme berichten und sich Rat zu ihrer individuellen Situation einholen, informiert die Zeitung. Eingrichtet wurde die Hotline von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes.

Erste Europäische Halal-Konferenz in Düsseldorf

Am 16.09. informiert die **ZAMAN** über die Veranstaltung der ersten Europäischen Halal-Konferenz in Düsseldorf. „Halal“ bezeichnet im Islam alle Dinge und

Taten, die nach islamischem Recht erlaubt sind und bezieht sich so auch auf die Zulässigkeit von Lebensmitteln. Holger Hey vom DTFOOD e.V., Veranstalter der Konferenz, wird wie folgt zitiert: „Bislang halten wir uns mit einer aktiven Bewerbung von Halal-Produkten zurück, weil wir Angst vor der Reaktion von Menschen in Deutschland haben, die nicht muslimischen Glaubens sind“. Auf der Konferenz sei darüber diskutiert worden, ob europäische Länder für ein einheitliches Zertifizierungssystem von Halal-Produkten bereit seien. Etwa 100 interessierte Personen aus der Lebensmittelbranche sowie ca. 30 Zertifizierer waren unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Studie: Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Bayern bis 2020

Am 07.09. berichtet die **ZAMAN** über den Bericht „Vorausberechnung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Bayern bis 2020“, den das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung am Vortag veröffentlicht hatte. Der Bericht stellt fest, dass aktuell etwa jede fünfte Person in Bayern Migrationshintergrund hat und prognostiziert, dass die bayrische Bevölkerungszahl im Jahr 2020 etwa 12,7 Mio. betragen wird. Dies entspreche einem Bevölkerungswachstum von etwa einem Prozent. So prognostiziert der Bericht, dass im Jahre 2020 etwa 3 Mio. Migrantinnen und Migranten und ca. 9,7 Millionen Deutschstämmige in Bayern leben werden. Aufgrund der aktuellen Integrationsdebatte habe der bayrische Innenminister Joachim Hermann (CSU) bei der Vorstellung der Ergebnisse darauf hingewiesen, dass der Islam weder im Integrationsprozess und in der Einbürgerung, noch bei der Akzeptanz deutscher gesellschaftlicher Grundwerte ein Hindernis darstelle, betont das Blatt.

Studie: Einwanderergruppen in der Europäischen Union

Die **ZAMAN** (08.09.) berichtet über eine Erhebung von EUROSTAT, dem statistischen Informationsdienst der Europäischen Union (EU), die sich mit in der EU lebenden Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund beschäftigt. Laut der Untersuchung leben im gesamten Gebiet der EU 31,9 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund. Mit 2,4 Mio. Menschen, bilden Türkischstämmige die größte Gruppe dieser Migrantinnen und Migranten. Dies entspricht einem Gesamtanteil von 8%. Weitere große Gruppen sind mit 1,8 Mio. Angehörigen die Menschen marokkanischer Herkunft und mit einer Anzahl von 1,5 Mio. die Menschen polni-

scher Herkunft. Mit 7,2 Mio. Migrantinnen und Migranten beheimatet Deutschland die größte Gruppe von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, gefolgt von Spanien (5,7 Mio.), England (4 Mio.) und Italien (3,9 Mio.), informiert die Zeitung.